



Staatssekretariat für Bildung, For-  
schung und Innovation SBFI  
Magda Spycher  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Bern, 28. August 2015

## **Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförder- ung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)**

### **Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne äussern wir uns wie folgt:

**Dieses unnötige Bundesgesetz führt nur dazu, dass die staatliche Inno-  
vationsbürokratie langfristig ausgebaut wird und höhere Kosten entsten-  
gen. Der Begriff „Innovation“ ist heute zu einem Leitbegriff für alle mög-  
lichen Begehrlichkeiten und Staatsinterventionen geworden, obwohl  
echte Innovation nur in einem freiheitlichen und privatwirtschaftlichen  
Umfeld stattfinden kann. Nur weil „Innovation“ auf dem Etikett steht,  
heisst das noch lange nicht, dass sinnvolle Forschung, Qualität, Kreativität  
und Wettbewerb drinnen sind. Meist heisst es heute schlicht: mehr  
Steuergelder, Subventionen und weitere Staatsinterventionen.**

Eine Gleichstellung und Angleichung von KTI und SNF trägt nichts zur dringend  
nötigen Ausdifferenzierung und Entbürokratisierung der Forschungs- und Inno-  
vationsförderungsadministration bei. Andererseits erscheint uns auch eine Zusammen-  
legung der beiden Strukturen zu einer schlanken Institution prüfenswert.

Neue Kompetenzen und mehr finanzielle, sowie personelle Ressourcen für die KTI  
werden von der SVP strikte abgelehnt. Langfristinvestitionen und flexible Planun-  
gen sind gemäss Angaben des Bundesrates (Antworten auf die Motion 11.4136  
und 12.3186) schon heute möglich. Die aufgedeckten Führungsprobleme werden  
durch Strukturänderung nur überdeckt. Eine Senkung der Administrativkosten  
und Effizienzgewinne könnten auch mit der heutigen Struktur realisiert werden.  
Zudem bedeutet die angestrebte „Unabhängigkeit“ eben auch Unabhängigkeit  
von der demokratisch legitimierten Führung. Solang es jedoch um Steuergelder  
geht, brauchen Bundesrat und Parlament weiterhin genügend Steuerungsmög-  
lichkeiten, um ihre Verantwortung als gewählte Politiker und Verwalter der ihnen  
anvertrauten Steuergelder wahrzunehmen.

Das eigentliche Problem benannte der Bundesrat aber bereits in der Botschaft zum neuen Innovationspark gleich selber (Seite 2952): „Ausserdem vermelden Unternehmen, dass es bei der Zusammenarbeit mit Hochschulen (...) noch Mängel gibt. (...) [K]ulturelle Barrieren zwischen akademischen Einrichtungen und der Privatwirtschaft hemmen mitunter die Innovationskraft und – tätigkeit.“ Die Antwort darauf müsste lauten, die wirtschaftskritische bis feindliche Haltung (was eben wahrhaft innovationsschädlich ist) in öffentlichen und akademischen Institutionen zu beseitigen und der Privatwirtschaft wieder mehr Freiraum für Innovation zu lassen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident



Toni Brunner  
Nationalrat

Der Generalsekretär



Martin Baltisser